

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur
Herrn Dr. Auer
Verlag: Auer Verlag
Hauptstraße 10
Erzgebirgische Zeitung
Verlag: Auer Verlag
Hauptstraße 10

Abgabepreis: durch unsere Posten frei ins Haus monatlich 4.50 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.00 Mark. Bei der Post beträgt monatlich 13.50 Mark, monatlich 4.50 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonntagen und Feiertagen. Unsere Zeitungsabnehmer und Ausgabestellen, sowie die Postämter und Briefkästen nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: Die Rubrikationspreise für Anzeigen sind nach dem Tarif für den Anzeiger für das Erzgebirge festgesetzt. Die Rubrikationspreise sind in der Rubrikationsliste zu finden. Die Rubrikationspreise sind in der Rubrikationsliste zu finden. Die Rubrikationspreise sind in der Rubrikationsliste zu finden.

Nr. 59.

Freitag, den 11. März 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Wie im Reichstag und im sächsischen Landtag, so fanden auch in den Landesparlamenten der übrigen deutschen Staaten Protestaktionen gegen die Gewaltmaßnahmen der Entente statt.

Der Reichstag hielt gestern nachmittag eine Sitzung ab, in der zum Bau neuer Eisenbahnlinien dem Regierungsetat des Reichsverkehrsministeriums für 1921 noch 2 1/2 Milliarden Mark bewilligt wurden.

Zum Präsidenten des preussischen Landtages wurde der Abgeordnete Reinert gewählt. Zum 1. Vizepräsidenten wurde Abg. Dr. Porsch (Zentr.), zum 2. Vizepräsidenten Abg. Dr. v. Kries (Dshant.), und zum 3. Abg. Dr. Garnich (D. Sp.) gewählt.

Nach dem Messagiero geht in London das Gerücht um, daß kurz nach der oberschlesischen Volksabstimmung eine neue Konferenz und zwar diesmal wieder in Brüssel, festgesetzt worden sei.

Wie Times aus Riga melden, ist nach offiziellen Berichten Petersburg mit Ausnahme zweier Bahnhöfe in den Händen der Russen. Die roten Truppen sollen schwere Verluste erlitten haben.

Die Naturgesetze des Wirtschaftslebens unserer Bundesgenossen.

Zu keiner Zeit haben die Naturgesetze des Wirtschaftslebens so für uns gewirkt wie jetzt. Selbst der alte Entdeckt schnell, daß niemals ungewöhnliche und unwirksame Zwangsmaßnahmen vorgeschlagen worden sind, als diese, mit denen die Entente Staatsmänner deutsche Milliarden aus dem Boden stampfen zu können glauben. Deutschland würde durch diese Maßregel gewiß schwer getroffen werden. Aber viel mehr als wir würde das Wirtschaftsleben der Welt geschädigt werden. Die Kurse würden fürzen, die Preise in den Lebensmittelländern würden rasch sinken, genug, die schlechteste Weltkrise würde erst recht und in verhärteter Weise einsetzen. Derweil würden die Alliierten an der alten deutschen Zollgrenze kaum mehr als eine Milliarde Papiermark in zwölf Monaten einsparieren können. Das sind 100 Millionen in Gold. Und ob sie an der neuen Rheinzollgrenze auch nur so viel herausquetschen können, ist mehr als zweifelhaft. Das alles würde nicht mal genügen, die feindlichen Besatzungstruppen mit Kommissbrot zu versorgen. Es bleibt eben dabei: Wollen die Alliierten mehr, als wir ihnen nach bestem Wissen und Gewissen bieten konnten, so mögen sie sich selber holen. Machen wir uns noch einmal klar, welche Wirkung die Zahlung jener Summe, die man von uns verlangt, in der Welt ausüben müßte. Die deutschen Sachverständigen haben berechnet, daß wir zur Erparung solcher Summen eine jährliche Warenausfuhr von 40 Milliarden Goldmark gebrauchten. Das wäre viermal soviel wie vor dem Kriege, bedeutete aber in Papiergeld einen Wert von 500 Milliarden Mark. Um eine solche Ausfuhr zu erreichen, müßten wir erheblich mehr Waren herstellen als vor dem Kriege. Und wie müßten sie viel billiger herstellen, als andere Länder es können. Soweit das überhaupt erreichbar ist, ginge es nur

1. durch weitgehende Modernisierung und Neuanlage vieler Fabriken. Dazu brauchen wir riesige Mengen neuen Anlagekapitals, das wir selbst nicht haben, sondern uns im Ausland erst leihen müßten.
 2. durch Verlängerung der täglichen Arbeitszeit um mindestens drei Stunden bei gleichwertiger Leistung. Dazu gehörte ein äußerst harter Wille zur Arbeit.
 3. durch Einschränkung unserer Lebenshaltung, d. h. also durch Herabsetzung der Löhne.
- Nehmen wir an, wir brähten das alles fertig. Welche Wirkung entstände im Auslande? Der gesamte Warenaustausch aller Staaten der Erde untereinander betrug vor dem Kriege etwa 100 Milliarden Goldmark. Söher wird er vermutlich auch in Zukunft nicht sein, eher geringer, weil die ganze Menschheit ärmer geworden ist. Von diesem Warenaustausch der Waren deckten wir 1913 etwa ein Sechstel. In Zukunft müßte man uns Platz geben, um vier Sechstel zu decken, also 40 Milliarden. Die anderen Völkler müßten also von ihrem Anteil am Weltmarkt drei Sechstel abgeben, damit wir dem französischen Rentner seine Pfoten zahlen können. Das bedeutet aber nichts anderes, als daß in England, Frankreich, Italien, Amerika usw. tausend Fabriken geschlossen, Hunderttausende, ja Millionen Menschen arbeitslos und verdienstlos werden müssen. Sie verelenden also, weil sie arbeitslos sind, derweil wir verelenden, weil wir mit Arbeit überlastet werden. In diesen weltwirtschaftlichen Zusammenhängen liegt unsere Stärke, nicht nur in den Londoner Verhandlungen jetzt, sondern in allen kommenden Auseinandersetzungen über die Beendigung der Kriegslagen.

Vertrauensvotum für Dr. Simons.

Einmütiger Beschluß des Reichstages. (Mitteil.) Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten fand gestern vormittag eine Sitzung des Kabinetts statt, in der der Minister des Auswärtigen über die Londoner Verhandlungen Bericht erstattete. Auf Grund dieses Berichtes und der eingehenden Ausführungen, die sich in ausführlicher Aussprache ergaben, schloß das Kabinett einen Beschluß, der die Tätigkeit des Ministers einmütig billigt und sich mit seiner Haltung in London einverstanden erklärt. Der Reichspräsident schloß daran den Ausdruck des Dankes für die hingebende Arbeit des Reichsministers und der Delegation.

Das Vertrauensvotum des Kabinetts für den Minister Simons ist einstimmig gefaßt worden, also auch von den völksparteilichen Mitgliedern v. Raumer und Scholz. Das dürfte auch die Stellung der völksparteilichen Fraktion des Reichstages beeinflussen, in der vor einigen Tagen Hugo Stinnes sehr scharf gegen Dr. Simons aufgetreten ist, nachdem er ihn, wie wir seinerzeit meldeten, bereits einige Tage vorher in seiner Deutschen Allgemeinen Zeitung heftig angegriffen lassen. Uebrigens ist Stinnes einer der Sachverständigen gewesen, die der Ansicht waren, daß die deutsche Wirtschaft die Vorschläge, die man Dr. Simons nach London mitgegeben hatte, tragen könnte. Die völksparteiliche Tages Rundschau, die Simons erst vorgestern in sehr betonter Weise Kampf angefangen hatte, hat sich inzwischen offenbar durch die Rundgebungen, die das Publikum Dr. Simons bei seiner Rückkehr bereitete, befehlen lassen; denn sie legt an die Spitze des Blattes eine Polemik gegen den Vorwärts, der diese Schuldigungen als nationalistische Torheit bezeichnet hatte. Die Tages Rundschau sucht freilich das Gesicht zu wahren, indem sie behauptet, der Beifall habe gar nicht der Person Simons gegolten, sondern dem Reim, das wir in London ausgesprochen haben.

Graf Sforza Gegner der Sanktionen.

Der Londoner Korrespondent der Chicago Tribune meldet, daß Graf Sforza gegen die Ausdehnung der rheinischen Besatzungszone Widerspruch erhoben habe, wobei er hervorhob, daß diese Maßnahme die Bestimmungen des Friedensvertrages überschreite. Die Klust zwischen Italien, Frankreich und England habe sich erweitert. Graf Sforza drückte auch die Ansicht aus, daß die gegenwärtigen Zwangsmaßnahmen vollkommen unzulässig seien.

Hamborn wird wieder geräumt.

Aus Hamborn trifft die Nachricht ein, daß die alliierten Truppen Stadt und Bahnhof räumen. Die interalliierte Kommission hat sich bereits entfernt mit der Angabe, daß eine andere Kommission eintreffen werde. Lediglich die Hafenanlage der August-Johannis-Allee bleibt von belgischen Truppen besetzt. Die Nachricht von der Besetzung Oberhausens scheint sich nicht zu bestätigen. Es scheint sich nur um einige Kavalleriepatrouillen zu handeln, die zur Aufklärung gestern die Stadt durchritten. Aus Köln wird gemeldet, daß sich der Verkehr aus dem neubesetzten ins besetzte Gebiet und umgekehrt noch gestern ohne jede Unterbrechung und ohne jede besondere Kontrolle vollzogen hat.

Aus dem besetzten Düsseldorf.

Die ersten unangenehmen Wirkungen der Besetzung auf den einzelnen Düsseldorfler machen sich jetzt bereits sichtbar. So hat die Besatzungsbehörde verlangt, daß jeder Bewohner einen Personalausweis haben muß. Infolge dessen drängt man sich an den Polizeibüros in langen Ketten nach einem solchen Ausweis. Ferner hat die Besatzungsbehörde eine große Anzahl Wohnungen für Offiziere angefordert und (scharf) zur Beschlagnahme der Wohnungen. Dadurch werden die Wohnungsuchenden, die seit Monaten auf ein Domizil warten jetzt wieder vollständig ihrer Hoffnung beraubt. Auch die Preise hat die erste Einschränkung zu erleben. Angriffe auf die Ententepolitik dürfen nicht erfolgen. Im übrigen bewegen sich die Ententesoldaten schon vollständig zwanglos in den Straßen der Stadt. Gestern mittag sind neue französische Tanks angekommen.

Die Wirtschaftslage des besetzten Gebietes.

Die augenblickliche Wirtschaftslage des besetzten Gebietes wird vor allem durch die absolute Ungewißheit über das, was werden wird, gekennzeichnet. Weder von Berlin noch von Koblenz liegen Informationen oder Instruktionen vor. Niemand weiß, wann und in welcher Weise die politische Abschlussscheidung des besetzten Gebietes vom übrigen Deutschland vor sich gehen und ob sie überhaupt in der angekündigten Art erfolgen wird. Im Augenblick ist äußerlich noch alles beim alten. Der Verkehr ins besetzte Gebiet ist tatsächlich im wesentlichen unbehindert. Güter- und Personenzüge fahren wie bisher. Der Verkehr auf dem Rhein wird nur durch den wieder einmal miserablen Wasserstand eingeschränkt. Trotzdem liegt natürlich die Abschließung als lähmende Drohung über dem ganzen Wirtschaftsleben. Das Geschäft, das vorher schon still lag, ist vollkommen ins Stocken geraten, und niemand vermag über die nächsten Tage hinaus zu disponieren.

Stimmungsmache französischer Anexionisten.

Wie in der gesamten nichtsozialistischen Presse Frankreichs, so wird auch im Parlament bereits die Parole ausgegeben, daß die Besetzung rechtserheinischer Gebiete nur als erster Schritt auf dem Wege zu weiteren Gebietsbesetzungen hingenommen werden könne, und daß französische Truppen unter keinen Umständen aus Düsseldorf zurückgezogen werden dürften, selbst wenn Deutschland schließlich die Pariser Bedingungen untergehe. Mit besonderem Eifer hat Poincaré gestern in den Wandlungen des Senats für die Förderung der Annektionenparole Stimmung gemacht. Selbst wenn Deutschland seine Unterschrift unter das Pariser Abkommen setzen würde, so hätte sie doch nur so lange Wert, als Frankreich sein neues Pfand in der Hand behalte. Poincaré hält es auch für sehr bedauerlich, daß die Londoner Konferenz auf die sofortige Hinausführung der im Versailler Vertrag festgesetzten Räumungspflicht verzichtet habe.

Oberschlesiens Schicksalstage.

Die Transportbewegung im Gange.

Die Transportbewegung der Abstimmungsberechtigten nach Oberschlesien nimmt ihren geregelten Fortgang. Die ersten Züge mit fast 10 000 Abstimmungsberechtigten sind im Eisenbahndirektionsbezirk Breslau eingetroffen. Einige Züge sind bereits im Abstimmungsgebiet angekommen und haben die Abstimmungsorte erreicht. Nachrichten über Beanstandungen oder Schwierigkeiten beim Grenzübertritt sind nicht bekannt geworden. Aus allen Stationen Schlesiens wird gemeldet, daß die Stimmung der Abstimmungsberechtigten vorzüglich ist. Bei der Einfahrt der Sonderzüge auf den Haltestellen herrscht jubelnde Begeisterung. Unter den Reisenden befinden sich stimmberedigte Männer und Frauen bis in das höchste Alter. Auch junge Mütter haben es sich nicht nehmen lassen, in ihre Heimat zu eilen. Alle Reiseteilnehmer sind zuberächtlich und des Erfolges gewiß. Die von den leitenden Stellen getroffenen Vorbereitungen, und sonstigen Maßnahmen werden lobend und dankbar anerkannt. Die Besetzung der Züge ist überall gut. Transportstörungen irgendwelcher Art sind nicht eingetreten.

Die Franzosen hindern die Fahrt zur Abstimmung.

Nachrichten aus Duisburg zufolge erschweren die französischen Besatzungsbehörden in dem neu besetzten Gebiet, besonders in Duisburg, die Tätigkeit der berechtigten Verbände heimattreuer Oberschlesier. Die Város und die Auskunftsstellen der Verbände sind von den Franzosen aufgelöst worden. Auch die Fahrt zur Abstimmung wird von den Franzosen gestört. Die Reichsregierung hat sowohl bei der Interalliierten Kommission in Opatowitz als auch in Paris gegen das Vorgehen der französischen Besatzungsbehörden Protest erhoben.

Präsident Ebert an die Abstimmer.

Zum Abschluß von den Oberschlesiern, die gestern nachmittag in Berlin die Reise zur Volksabstimmung in Sonderzügen angetreten haben, hatten sich Reichspräsident Ebert und der preussische Ministerpräsident Braun auf dem Gürtlinger Bahnhof eingefunden. Der Reichspräsident, stürmisch begrüßt, hielt dabei eine Ansprache, in der er sagte: Sie wollen durch die Abgabe Ihres Stimmzettels bekunden, daß Oberschlesien deutsch und mit dem größeren Vaterlande, dem es seine Kultur und seine blühende Entwicklung verdankt, auf immer verbunden bleiben soll. Sie legen darüber hinaus auch Zeugnis dafür ab, daß wir Deutsche zusammengehören nicht allein in guten Tagen, sondern auch in Zeiten schwerster Not. Nichts soll uns in den großen Lebensfragen unseres Vaterlandes voneinander trennen. Einig und gemeinsam müssen wir aus den Rützen der Zeit uns herausarbeiten und eine bessere Zukunft erkämpfen, und diese Zuberächt bitte ich Sie, auch denen zu bringen, die in Oberschlesien auf diesen Tag der Entscheidung gewartet haben. Segen Sie auch dort Ihr Volk ein! Es geht um die Heimat, es geht um Deutschland!

Die sächsischen Kommunisten und Unabhängigen zu den Londoner Verhandlungen.

Zu Beginn der gestrigen Landtagsitzung gab der Abg. Stewert (Kom.) im Namen der kommunistischen Fraktion eine Erklärung ab, worin es heißt:
Die Verhandlungen in London waren nichts anderes als ein frampfhalter Versuch der internationalen Bourgeoisie die Folgen des Krieges auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen und eine Verständigung über den Anteil an der Ausbeutung des deutschen Proletariats herbeizuführen. Die Verhandlungen sind lediglich deshalb gescheitert, weil die deutschen Kapitalisten sich benachteiligt glaubten. Die deutsche Bourgeoisie und ihre Helfershelfer benutzen den Abbruch der Verhandlungen in London, um einen nationalistischen Rummel in Szene zu setzen. Die Arbeiterklasse durchschaut den Rummel von der nationalen Einheitsfront. Wir kennen keine nationale Einheitsfront, sondern nur die Front der unterdrückten Proletarier aller Länder. Fort mit allen Bourgeoiseregierungen, Schug- und Truhhändnis und engste Wirtschaftsgemeinschaft mit Sowjetrußland.
Die Erklärung wurde mehrfach durch entrüstete Schlußrufe unterbrochen, die Präsident Fräßdorf rügte. Im Namen der unabhängigen Fraktion gab Müller-Deibitz (Unabh.) eine Erklärung ab, worin er gegen die Erklärung des Präsidenten protestierte und sie als

13.00
11.50
10.00
14.00
12.00

Aue,
und Fette.

zum
pressen
werden
genommen
11,2,
cher.

riderin
ich
llert,
he 3,
inlagen.

ung
einige
sucht,
kstroh.

Klavier
mer, echt
u rauschen
te unter
das Auer
n.
Ballener
agen
n.
Tageblatt.
me
nne
an Platz zu
1. 5. part.
Kinder-
Natrache
122, 1 l
kleider
Paar
nuhe
tr. 4, 1 l.
agen
erkaufen.
er Str. 3.

ina
öng.
traufen.
4, 1.

zellige
erwert zu
1. 22. pr.
ft!

Reichtum,
Astrologie
kennt. Nur
Schrift ein-
schreiben
8 Mark.
nover,
3.

ibe
Flechten,
wurden
Gebrauch

bolum'
M. 8.—
M. 10.—
M. 12.—
M. 14.—
M. 16.—
M. 18.—
M. 20.—
M. 22.—
M. 24.—
M. 26.—
M. 28.—
M. 30.—
M. 32.—
M. 34.—
M. 36.—
M. 38.—
M. 40.—
M. 42.—
M. 44.—
M. 46.—
M. 48.—
M. 50.—
M. 52.—
M. 54.—
M. 56.—
M. 58.—
M. 60.—
M. 62.—
M. 64.—
M. 66.—
M. 68.—
M. 70.—
M. 72.—
M. 74.—
M. 76.—
M. 78.—
M. 80.—
M. 82.—
M. 84.—
M. 86.—
M. 88.—
M. 90.—
M. 92.—
M. 94.—
M. 96.—
M. 98.—
M. 100.—

et?
ht Er-
ung 1
Broch.
r 30 M.
t.
ndel-
ig 133,
1/5.

SLUB
Wir führen Wissen.